

# Wohnraumschutzsatzung statt Wortbruch!



Frank Meyer vor der OB-Stichwahl auf die schriftliche Anfrage der Linkspartei: „Werden Sie sich für den Erhalt der Wohnraumschutzsatzung einsetzen und dafür, dass diese am 01.01.2026 in Kraft tritt?“:

*„Ich habe die Vorlage der Verwaltung erstellen lassen und am 6. Mai 2025 im Rat der Stadt Krefeld natürlich auch zugestimmt. Wir haben in Krefeld über 5000 Wohnungen, die leer stehen und über 3000 Wohnungen, die länger als 6 Monate leer stehen. Auf den anderen Seiten haben wir Menschen, die dringend Wohnraum benötigen. Da können wir nicht einfach zuschauen und hoffen, dass sich das irgendwann regelt. Wir nutzen die Instrumente, die uns das Land gegeben hat. Das gilt auch für das Thema Schrottimmobilien. Auch hier schauen wir schon zu lange dem Verfall zu – jetzt können wir handeln und das werden wir insbesondere in den innenstadtnahen Bereichen auch tun. Dazu werden die Eigentümer auf ihre Pflichten, aber auch auf die Möglichkeiten von Förderungen hingewiesen. Für die Fälle, wo sich Eigentümer aber komplett ihrer Verantwortung verweigern, haben wir mit der Satzung ein Instrument, um im Sinne der Allgemeinheit zu agieren. Die Vorlage soll am 01. Januar 2026 in Kraft treten.“*

**Dieses Versprechen, Zweckentfremdung von Wohnraum aktiv zu verhindern, wurde von der SPD auf Wunsch der CDU mit der Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit im neuen Stadtrat leider gebrochen!  
Der Stadtrat soll auf Grund dieser Vereinbarung am 11.12 gegen das Inkrafttreten der Wohnraumschutzsatzung stimmen.**

Wir protestieren entschieden gegen diesen Deal zu Lasten der Mieterinnen und Mieter, die immer mehr Probleme haben, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden!  
In Krefeld sind die Mietpreise laut Mietspiegel 2025 im Vergleich zu 2023 um 10,3% gestiegen (WZ 26.7.25). Trotz der seit März in Krefeld geltenden Mietpreisbremse darf bei Neuvermietung 10% mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt werden.

Bestandsmieten dürfen in drei Jahren um 15% erhöht werden.

Da kommen Einkommenssteigerungen der Normalbürger/innen nicht mit!

**Das Sozialbündnis Krefeld fordert das Inkrafttreten der Wohnraumschutzsatzung zum 1.1.26!**

**Bezahlbares Wohnen statt Zweckentfremdung!  
Leerstände mit Leben füllen!  
Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beseitigen!**

[www.sozialbuendnis-krefeld.de](http://www.sozialbuendnis-krefeld.de)  
[kontakt@sozialbuendnis-krefeld.de](mailto:kontakt@sozialbuendnis-krefeld.de)

L. Wilhelms; c/o ALZ Westwall 40, Krefeld